Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die nächstfolgende Nummer bestimmte Manuscripte werden nicht vor 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 43. Sonntag den 12. Februar 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 15. Februar 1888,
Abends 6½ Uhr,
im Saale der vormaligen Handelsbörse, am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. Bericht des Stiftungs- bez. Oekonomie-, Bau- und Gasausschusses über das Specialbudget Städtisches Krankenhaus zu St. Jacob auf das Jahr 1888 des Haushaltplanes auf das Jahr 1888 mit Ausnahme von Ausgaben Pos. 31, 79, 80, 81 des Haushaltplanes auf das Jahr 1888.

II. Bericht des Oekonomie-, Bau- und Finanzausschusses über Ankauf des Bunge'schen Gutes in Taucha und einiger Feldparzellen in dasiger Flur.

III. Bericht des Oekonomieausschusses über Entnahme eines Feldstückes an der Eutritzscher Straße aus dem Pachte und Wiederverpachtung dieses Areals zu Werkplätzen ꝛc.

IV. Bericht des Bau- und Oekonomieausschusses über eine Fluchtlinienregulirung am Naunhäuser Steinwege.

V. Bericht über Conto 10 „Wohlfahrtspolizei" Ausgaben VII Pos. 33—38, Conto 41 „Gasbeleuchtungs-Anstalten", Specialbudget „Gasanstalt I" mit Ausnahme von Ausgaben Pos. XV, Specialbudget „Gasanstalt II" mit Ausnahme von Ausgaben XIV Pos. 1, XV, Specialbudget „Gasanstalt I und II" mit Ausnahme von Ausgaben IVa Pos. 2, 3, IVc Pos. 1, IVd Pos. 1, 2, 5, V Pos. 16, 17, 19, XI Pos. 3, 4 des Haushaltplanes auf das Jahr 1888.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs an Naturalien — 1. April 1888 bis Ende März 1889 — soll unter den zur Einsicht und Unterschrift ausliegenden Bedingungen in Submission an leistungsfähige Bewerber vergeben werden, und zwar circa

120 Centner verschiedene trockne Gemüse,
24 „ Rosenmehl,
235 „ Brode,
50 „ Semmel,
160 „ Kirschwasser,
18 „ Speiseöl,
150 Hectoliter Braunbier und
2500 Portionen Bayrisch-Bier, hiläufiges Gebräu.

Verschlossene, mit der Aufschrift „Verpflegungs-Artikel" versehene Offerten sind bis zum 18. Februar a. c., Vormittags 10 Uhr, zu welcher Zeit der Termin stattfindet, portofrei anher einzusenden.

Leipzig, am 11. Februar 1888.

Königliches Garnison-Lazareth.

Städtische Realschule.

Die Aufnahmeprüfung findet Mittwoch, den 15. Februar, früh 8 Uhr statt.

Papier und Feder sind mitzubringen. Dr. F. Pfalz.

Eutritzsch. Bei der unterzeichneten Gemeindeverwaltung ist die mit 1200 ℳ Gehalt, 75 ℳ Bekleidungsgeld und Dienstwohnung ausgestattete Wachtmeisterstelle, sowie die mit 750 ℳ Anfangsgehalt und 75 ℳ Bekleidungsgeld ausgestattete VI. Schutzmannsstelle zu besetzen.

Gesuche sind bis zum 25. dies. Mon. anher einzureichen. Persönliche Vorstellung ist vorläufig zu unterlassen.

Eutritzsch, am 10. Februar 1888.

Der Gemeinde-Rath.
Thomas.

Nichtamtlicher Theil.

Die Erklärungen Lord Salisbury's.

Der englische Premierminister Lord Salisbury hat in der Eröffnungssitzung des Oberhauses eine Kritik der Rede des Fürsten Bismarck gegeben, welche zugleich den Standpunct der englischen Regierung in der orientalischen Frage darlegt. Darnach sieht Deutschland mit seiner Auffassung, daß es von etwaigen Ereignissen in der Türkei und an der türkischen Grenze nur leicht berührt werde, unter den europäischen Großmächten allein, Oesterreich-Ungarn, Italien, Frankreich und England seien anderer Meinung, und besonders England habe Ueberlieferungen, an denen es festzuhalten gedenke, es werde die Interessen, die es seit drei bis vier Generationen im Südosten Europas vertreten habe, auch ferner vertheidigen. Für diese Interessen könne nur aus einem abenteuerlichen oder ungesetzlichen Vorgehen Rußlands eine Gefahr entstehen, England besitze aber die bündigsten und bestimmtesten Versicherungen, daß Rußland ein Solches nicht beabsichtige. Kaiser Alexander habe ein Wort des Inhalts bei den Verhandlungen wegen Afghanistans gesprochen, das Verhalten Rußlands sei nicht blos versöhnlich, sondern in hervorragendem Maße freimüthig gewesen, er glaube daher, gleich dem Fürsten Bismarck, den Versicherungen des Kaisers Alexander den größten Werth beilegen und die feste Ueberzeugung hegen zu dürfen, daß der Kaiser alles Mögliche thun werde, um den Frieden zu erhalten.

Diese Erklärungen Lord Salisbury's sind nach zwei Richtungen hin von hervorragender Bedeutung: sie erhöhen einerseits die Zuversicht auf Erhaltung des Friedens und geben andererseits die Grenzen an, innerhalb deren sich Vorschläge zur Lösung der bulgarischen Frage zu bewegen haben. Lord Salisbury ist sicher, daß alle Vertragsmächte an den Ereignissen in der Türkei und an der türkischen Grenze ein regeres Interesse nehmen als Deutschland, daß sie also der Aufrichtung der russischen Schutzherrschaft in Bulgarien Widerstand entgegensetzen werden. Der Hinweis auf die englischen Ueberlieferungen ist in dieser Hinsicht klar und deutlich, England wird keine Einmischung Rußlands in die inneren Angelegenheiten Bulgariens dulden, Rußland beabsichtigt aber eine solche auch nicht, wie der Kaiser Alexander in der bündigsten und freimüthigsten Weise versichert haben soll.

Die Lage erscheint dadurch in einer Beziehung geklärt, in der anderen verdunkelt; die Friedensaussichten erscheinen gebessert, die Aussichten auf Beseitigung dauernder Hindernisse für die Herstellung lebensfähiger Zustände auf der Balkanhalbinsel aber auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben. Leider hängt Beides mit einander untrennbar zusammen, so daß an eine Befestigung des Friedens nicht eher zu denken ist, als bis die bulgarische Frage in einer Rußland befriedigenden Weise gelöst ist. Lord Salisbury hat im englischen Oberhause den Vorschlag des Fürsten Bismarck, als Mittelsperson für die russischen Interessen in Bulgarien beim Sultan zu wirken, im Namen Englands und der übrigen Großmächte zurückgewiesen, aber offenbar nicht im Auftrage der letztern, sondern aus eigener Machtvollkommenheit, und das nimmt der Ablehnung einen Theil ihrer Schärfe.

Lord Salisbury weicht auch in der Beurtheilung des Ergebnisses der Berliner Congreßverhandlungen vom Fürsten Bismarck ab; nach der Ansicht Salisbury's waren die Congreßbeschlüsse für Rußland nicht so vollständig annehmbar als für England, Rußland habe also Ursache zur Unzufriedenheit. Darin liegt ein Widerspruch, den die Aeußerungen Salisbury's nicht hinreichend aufgeklärt haben. Er weigert sich, Rußlands Ansprüche auf Bulgarien mit Rücksicht auf Englands Ueberlieferungen anzuerkennen, und gibt doch zu, daß die Stellung, welche Rußland durch den Berliner Vertrag auf der Balkanhalbinsel angewiesen sei, Rußland nicht zufriedenstellen könne. Vielleicht würde sich der Widerspruch lösen, wenn die Rede Grenville's vorläge, gegen welche sich die Worte Salisbury's richteten. Das ist aber leider nicht der Fall, auch das wichtige Londoner Telegramm über die Oberhaussitzung vom 9. Februar ist wieder ebenso lückenhaft und theilweise unverständlich, wie die Telegramme über die englischen Parlamentssitzungen gewöhnlich zu sein pflegen.

Ueber das Verhältniß, in welchem England zum Dreibund steht, hat Lord Salisbury keinen Aufschluß gegeben, es ist aber im Unterhause der Versuch gemacht worden, durch eine Anfrage in dieser Beziehung Klarheit zu schaffen. Der Unterstaatssecretair Ferguson erwiderte auf die betreffende Anfrage, daß keinerlei Abkommen bestehe, welches England zu einer materiellen Action verpflichte, und setzte noch hinzu, daß er unter einer materiellen Action eine Action mit militairischer Verantwortlichkeit verstehe. Aus diesen dunklen Andeutungen scheint also hervorzugehen, daß doch ein Abkommen vorhanden ist, über dessen Inhalt sich die englische Regierung nicht aussprechen will. Angeregt wurde die Anfrage im Unterhause wahrscheinlich durch die Mittheilung des Fürsten Bismarck, daß noch andere ähnliche Verträge neben dem mit Oesterreich abgeschlossen wurden, namentlich mit Italien. Mehr hat auch Fürst Bismarck nicht verrathen, es lag deshalb für das englische Parlament nahe, den Abschluß eines Vertrages zwischen Deutschland und England für den Fall eines russischen Angriffs als sehr wahrscheinlich anzunehmen.

Ziehen wir die Summe der Erklärungen Lord Salisbury's, so ist sie leider sehr unbefriedigend, denn sie beschränken sich darauf, Hoffnungen zu erregen, ohne dieselben hinreichend zu begründen. Ein offenes Wort Salisbury's über die Stellung Englands zur bulgarischen Frage hätte viel zur allgemeinen Beruhigung beitragen können, z. B. wenn man daraus ersehen hätte, ob England gegebenen Falls in die Entthronung des Prinzen Ferdinand willigen würde. Lord Salisbury hat sich aber hinter den sehr unbestimmten Begriff der englischen Ueberlieferungen verschanzt und damit mehr eine vorhandene Stimmung berücksichtigt, als wünschenswerthe Aufschlüsse gegeben. Fürst Bismarck ist weit offener gewesen, er hat sich klar und deutlich darüber ausgesprochen, welche Rechte Rußland nach seiner Meinung durch den Berliner Vertrag in Bulgarien eingeräumt worden sind, und daß diese Rechte durch die nachgefolgten factischen Verhältnisse theoretisch nicht alterirt worden seien. Lord Salisbury hat darauf nur mittelbar eine Antwort ertheilt, indem er auf den von dem englischen Standpunct abweichenden Standpunct Deutschlands in der orientalischen Frage hinwies. Das ist aber entschieden nicht genug unter den heutigen gespannten Verhältnissen, an deren Fortdauer doch England auch kein Interesse haben kann, wenn ihm die Aufrechthaltung des Friedens am Herzen liegt, was unzweifelhaft ist.

Englands Unlust, irgendwie thätig in die Gestaltung der europäischen Verhältnisse einzugreifen durch Bündnisse mit bestimmten gegenseitigen Verpflichtungen, wie sie zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien bestehen, ist ein Unglück für Europa. England hätte es jetzt in der Hand, durch offene Parteinahme für den Dreibund den europäischen Frieden auf eine sichere Grundlage zu stellen, es beschränkt sich aber darauf, von seiner Inselwarte aus den continentalen Streitigkeiten als unbetheiligter Zuschauer beizuwohnen und höchstens seine Mitwirkung in solchen Fragen in Aussicht zu stellen, die seine eigenen Interessen berühren. Eine solche Politik der Nichteinmischung mag Vortheile haben, aber sicherlich auch große und schwere Nachtheile. Auch Englands Handelsinteressen leiden unter der steten Unsicherheit des europäischen Friedens, und seine Colonialmacht würde viel sicherer begründet sein, wenn Englands europäische Politik damit in Einklang stände. Die Grenze von Afghanistan ist stets gefährdet, wenn England die russischen Pläne in Bulgarien bekämpft, ohne den Willen und die Macht, seine Politik auch mit den Waffen in der Hand zur Geltung zu bringen.

•

Leipzig, 12. Februar 1888.

* In der am 9. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssecretairs des Innern von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung ertheilte der Bundesrath den Gesetzentwürfen wegen Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften und betreffend Aenderungen der Wehrpflicht, mit den vom Reichstage beschlossenen Abänderungen, sowie dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Fürsorge für Beamte in Folge von Betriebsunfällen und dem Entwurf eines Feldpolizeistrafgesetzes für Elsaß-Lothringen die Zustimmung. Von der Uebersicht der Geschäfte des Reichsgerichts im Jahre 1887 nahm die Versammlung Kenntniß und beschloß, den Gesetzentwurf wegen der Löschung nicht mehr bestehender Firmen im Handelsregister dem Ausschuß für Justizwesen, den Antrag Württembergs, betreffend die Abänderung des Etats der Zollverwaltungskosten für das Königreich Württemberg, den Ausschüssen für Zölle und Steuerwesen und für Rechnungswesen zur Vorberathung zu überweisen. Endlich wurde über den Sr. Majestät dem Kaiser wegen Wiederbesetzung der erledigten Stelle eines vortragenden Rathes beim Rechnungshofe des deutschen Reiches zu unterbreitenden Vorschlag Beschluß gefaßt.

* Bekanntlich war vor einiger Zeit unter Vorsitz des General-Lieutenants und General-Adjutanten Grafen v. Lehndorff in Berlin eine Commission über die Frage des „Kürasses" zusammengetreten. Wenn nun einige Blätter bereits über das Ergebniß der Berathungen dieser Commission und dabei stattgefundene Versuche berichten, so bemerkt die „Kreuzzeitung", daß eine königliche Cabinetsordre über fernere Beibehaltung oder Abschaffung des Kürasses in der preußischen Armee bis jetzt noch nicht erfolgt ist; die Meldungen jener Blätter also nur auf Vermuthungen beruhen können. In Oesterreich ist der Küraß bekanntlich schon seit 1860 abgeschafft.

•

* Nach einer Depesche der „Post" aus Wien giebt sich in allen Kreisen eine aufrichtige und innige Theilnahme für den deutschen Kronprinzen kund, und alle Journale geben dem Wunsche Ausdruck, daß der Sohn und Erbe des deutschen Kaisers vollkommen genesen möge. — Die Debatte im Reichsrathe am 9. Februar über den Handelsconvention mit dem deutschen Reiche hat im Allgemeinen keinen erfreulichen Eindruck zurückgelassen. Auf der Höhe der Situation stand nur die Rede Chlumecky's, des Führers des deutsch-österreichischen Clubs, welcher der hohen Befriedigung über den Bündnißvertrag von 1879 und über den denkwürdigen Commentar, den der Kanzler des deutschen Reiches in seiner jüngsten Rede dazu gab, Ausdruck lieh. Er fügte hinzu, daß er es nicht für angezeigt erachte, einen solchen hochernsten Vertrag zum Gegenstande einer bloßen Demonstration zu machen, wie dies mit dem Antrage auf Inartheulirung dieses Vertrages beabsichtigt zu sein scheint. Schließlich votirte er feierlichen Dank den Schöpfern dieses Vertrages, vor Allem dem erhabenen Träger der Krone, dessen Weisheit es gelungen sei, die österreichische Politik in diese Bahnen zu lenken, dem Grafen Andrassy und dem Grafen Kalnoky, welch Letzterem es gelungen sei, diesen Vertrag bis zum heutigen Tage unangetastet zu erhalten und zu befestigen. Nur der Jungczeche Herold äußerte sich hämisch über den Vertrag, indem er bemerkte, er zweifle daran, daß Deutschland auch den Frieden wolle, aber seine Ausführungen fanden kaum eine ernste Beachtung, und die Haupttendenz derselben gipfelte in dem Verlangen, daß dem Königreiche Böhmen innerhalb Oesterreichs eine Stellung eingeräumt werde, wie sie Sachsen in Deutschland hat. Von Seite der Regierung wird nachdrücklichst daran festgehalten, daß der Vertrag von 1879 eine dauernde bleibende Einrichtung ist, welche nicht von Parteiverhältnissen, nicht von den wechselnden Majoritäten abhängt, sondern auf der Großmachtstellung beider Reiche basirt ist. Interessanter Weise findet sich in dem soeben erschienenen dritten Bande des Geschichtswerkes des ungarischen Historikers Heinrich Marczali über Kaiser Josef II. eine Resolution des Kaisers vom 6. December 1786 an Kaunitz über die Allianz der Häuser Oesterreich und Brandenburg, deren Inhalt sich [illegible] vollkommen deckt mit den jüngsten Ausführungen Bismarck's über denselben Gegenstand. Kaiser Josef schrieb an seinen Minister: Die Häuser Oesterreich und Brandenburg, wenn sie aufrichtig zusammenhalten und einträchtig vorgehen, haben keine andere Macht noch Allianz von Mächten zu fürchten und können so nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa die vorwiegende Macht ausüben. Jeder Staat müßte ihr Wohlwollen suchen, sie aber wären auf keinen angewiesen. Der Weltfriede wäre nur von ihrem Willen abhängig, und da sie sich vollständiger Sicherheit erfreuten, könnten sie ungehört das Glück ihrer Unterthanen bewirken und ihre Länder aufblühen machen.

* Mit Bezug auf die jüngste Meldung der „Times", daß der deutsche Consul in Sofia, Herr von Aichberger, auf seinen Posten zurückgekehrt ist, woraus gefolgert wurde, daß Deutschland seine Beziehungen mit Bulgarien nicht gänzlich abgebrochen habe, wird der Londoner „Allgemeinen Correspondenz" aus Sofia, 1. ds., geschrieben: „Die Rückkehr des Herrn von Aichberger nach Sofia hat nicht die mindeste politische Bedeutung. Deutschland brach seine amtlichen Beziehungen mit Bulgarien ab, als Fürst Ferdinand das Fürstenthum betrat. Dies thaten auch alle übrigen Großmächte; aber Deutschland und Frankreich beriefen, als Verschärfung ihrer Mißbilligung des von dem Fürsten Ferdinand ergriffenen Schritts, ihre diplomatischen Agenten, Herrn v. Thielmann und M. Fisch, zurück, und seitdem ist keine dieser Mächte durch diplomatische Agenten vertreten gewesen. Als Herr v. Thielmann im September Sofia verließ, um seine Functionen als preußischer Gesandter in Darmstadt anzutreten, erhielt Herr v. Aichberger, der Consul in Varna, die Weisung, sich nach Sofia zu begeben, um die Leitung der laufenden Geschäfte des Consulats zu übernehmen. Seine Beziehungen mit der Regierung sind rein offizieller Natur und haben lediglich Bezug auf die Angelegenheiten deutscher und russischer Staatsangehöriger im Fürstenthum. Seine Instructionen lauten, Alles politischer Natur zu ignoriren und von den Handlungen des Fürsten oder der Regierung keine Notiz zu nehmen. Herr v. Aichberger reiste am 19. December nach München, um sich dort zu verheirathen, und er ist nunmehr mit seiner Gemahlin wieder hier eingetroffen."

* Der Wojwode Marko Milanow wird bereits als Candidat für den bulgarischen Thron genannt, und es gilt nicht für unmöglich, daß Rußland auf diese Candidatur zurückgreift. Dem „Pester Lloyd" wird über diese Persönlichkeit mitgetheilt, daß Milanow sechzig Jahre alt, von kräftiger, imposanter Gestalt sei. Seine einzige Tochter ist an Philipp Petrovics, den montenegrinischen Communications-Minister, verheirathet. Frau Petrovics wird von ihrem Vater vergöttert, namentlich seitdem der einzige Sohn Milanow's gestorben ist. Der Wojwode lebt gewöhnlich in Knesi inmitten seines Stammes, des kriegerischesten unter allen montenegrinischen Stämmen. Milanow ist gegenwärtig der größte und gefeiertste Held der Schwarzen Berge. Er gab schon vor dem türkisch-montenegrinischen Kriege den Türken viel zu thun. Im letzten Kriege zeichnete er sich wiederholt durch wahrhafte Heldenthaten aus. Fürst Nicolaus von Montenegro hat ihm wahrscheinlich auf Anstiften einiger Feinde für einige Zeit den Wojwodentitel genommen. 1887 fand aber zwischen Beiden eine aufrichtige Versöhnung statt.

* Die holländische Regierung hat die Wahlen für die neue Zweite Kammer auf den 6. März anberaumt. Die Provinzial-Staaten werden auf den 24. März zur Wahl der Ersten Kammer einberufen werden. Diese Bestimmung macht überall einen guten Eindruck, weil alle Parteien eine rasche Entscheidung wünschen und dann die gewöhnliche parlamentarische Arbeit frühzeitig wieder aufgenommen werden kann.

* Ueber den Widerhall, den die Rede des Fürsten Bismarck in Frankreich gefunden, schreibt des Weiteren die „Kölnische Zeitung":

„In Frankreich führt man fort, in allerlei Nachbetrachtungen und Nachklängen über die Rede des Fürsten Bismarck Trauerschwärze auf Weiß zu legen, aus der überall mächtige Fragezeichen als das zunächst in die Augen Springende hervorragen. Wozu sich den Kopf des Janus-Bismarck mit dem friedlichen und kriegerischen Doppelgesicht zerbrechen? Wozu versuchen, gordische Knoten zu lösen, da man doch weiß, daß dieselben früher oder später mit dem Schwerte zerschnitten werden? Trösten wir uns lieber, meint John Lemoinne im „Matin", mit der Zukunft. „Niemals ist die Kraft, die rohe, physische Kraft, die blinde Kraft ohne Grundlage und Moral, die Kraft des Ringers und des Gladiators mit solch beleidigender Anmaßung zum Ausdruck gekommen. Und das ist der Gipfelpunct der modernen Civilisation!" Einst jedoch werde der Tag kommen, wo das unter seiner Rüstung ächzende und stöhnende Menschengeschlecht sich Luft mache und dann würden die Gewehre von selbst losgehen. Man sieht, der Hecht verlangt auch in dem Küsta, in den ihn das friedliebende Europa gesperrt hat, seine Natur nicht, und immer wieder geben die Franzosen selbst die beste Antwort auf ihre Fragen nach dem Warum und Weshalb. Und in wem wird Frankreich der Retter in der Zukunft erstehen? Natürlich in dem „großen Ministerium" Floquet von Moltzenheim's Gnaden. Deutschland ist auch auf diese Möglichkeit wie auf alle andern gefaßt, „wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt!" Das ist die Stimmung, welche Fürst Bismarck seinem Volke aus der Seele abgelauscht hat, und es ist immerhin erfreulich, festzustellen, daß diese Kundgebung in der Welt verstanden worden ist. Oderint dum metuant ist und bleibt unsern Nachbarn im Westen gegenüber die Richtschnur der deutschen Politik. Es gab eine Zeit, wo die deutsche Diplomatie hoffte, durch die Aufrichtigkeit des freien Wortes, verbunden mit einem wohlwollenden Entgegenkommen, den französischen Stolz versöhnen zu können; der Liebe Mühe war verloren, schadenfroh lockte Deutschland sein Schwert in der Scheide und schnallte sich den Eisenpanzer seiner Bündnißpolitik um die Brust. Wenn Frankreich sich den Rücken mit russischem Eisen decken will, so können wir das nicht hindern, aber man sollte doch endlich die thörichten Versuche einstellen, zwischen die Bundesmächte den Zwietrachtsapfel zu werfen. Italien, der Dritte im Bunde, ist bekanntlich in der Rede des Reichskanzlers nur nebenbei erwähnt worden, und darüber sei derselbe, wenn man französischen Berichten glauben wollte, mißgestimmt. Nach den jetzt vorliegenden Preßstimmen aus Italien aber war das gerade Gegentheil der Fall, die Franzosenkreise jubelten und die Blätter aller Parteischattirungen vom conservativen „Popolo Romano" und der ministeriellen „Riforma" bis zum radicalen „Diritto" und dem clericalen „Osservatore Romano" anerkennen und bewundern den durchaus friedlichen Charakter der Rede. Und wie sollte es auch anders sein? Auch Italien will nicht den Karpfen spielen, wo der Hecht so nahe ist. Freilich der „Matin" wehrt sich gegen die Auffassung, daß von Frankreich die Beunruhigung in der Welt ausgehe, das Einzige, was man dem französischen Volke vorwerfen könne, sei, daß es stets die Rolle des Don Quixote spiele. Wir haben den Vergleich mit dem Ritter von der traurigen Gestalt nicht gezogen und halten ihn auch für verfehlt, das aber wollen wir, daß Frankreich gegen Windmühlen kämpft, wenn es sich bemüht, dem Friedensbunde kriegerische Hintergedanken unterzuschieben.

* Wie von deutschen Parlamentariern die deutsche Unfallversicherungsgesetzgebung behufs Verwerthung als Vorbild für die eigene Ordnung der Materie eingehenden Studien unterzogen ist, so ist neuerdings von der britischen Regierung auch zwecks Regelung der irischen Landfrage das Augenmerk auf die preußische Agrargesetzgebung und insbesondere auf die Gesetze über die Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse und die Gemeinheitstheilungen ihr Augenmerk gerichtet. Seitens derselben ist daher unter Vermittelung des Auswärtigen Amtes an die Ressortverwaltung das Ersuchen um eingehende Mittheilung der betreffenden Gesetze, der Ziele, welche sie verfolgen, und der Wirkung, welche sie gehabt haben, gerichtet worden.

* Aus Tschardschui schreibt man dem „Herold" über die Eröffnungsfeierlichkeit der neuen Brücke:

Am 6. Januar 1888 vollzog sich bei uns in Tschardschui ein Ereigniß, das wohl wirklich, in der modernen Geschichte Mittelasiens einen Glanzpunct zu bilden. Was vor zehn Jahren Niemand geahnt hätte, ist heute schon eine vollendete Thatsache; angefeindet von allen Seiten, selbst von der Natur bekämpft, hat es die Energie und das Selbstvertrauen eines Annenkow verstanden, alle Hindernisse zu überwinden und einen Schienenweg bis in das Herz Mittelasiens, bis Samarkand zu bauen. Ein Hauptindemniß bei der Vollendung dieser Bahn bildete die Ueberbrückung des Amu-Darja. Für einen Annenkow gibt es aber kein unüberwindliches Hinderniß. Hunderte von Meilen mußte das Material herangeschleppt werden, alle Kräfte, sowohl geistige als physische, wurden angestrengt, jeder Hebel wurde in Bewegung gesetzt, und in kaum 4 Monaten stand das Riesenwerk vollendet da. Am 6. Januar fand die feierliche Einweihung der Brücke statt. Der erste Zug, behängt und beflaggt, die Devise „Gott erhalte den Zaren" als Schild führend, passirte dieselbe. Die Natur selbst schien sich aufzulehnen gegen „das Gebild von Menschenhand", denn das Wetter, welches bis dahin warm und der Arbeit günstig war, hatte sich am Morgen des 6. in ein kaltes regnerisches und zu gleicher Zeit stürmisches Herbstwetter umgewandelt und drohte die Festlichkeit zu stören. Nachdem das Militair Aufstellung genommen hatte, erschien der Geistliche, gefolgt vom General Annenkow, den verschiedenen Ingenieuren und der lauten volle Tschardschuis mit dem Beg an der Spitze. Die heilige Wasserweihe wurde zuerst vollführt. Nachdem diese Handlung zu Ende war, wurde die Brücke eingeweiht. Das geladene Publicum nahm auf den Plattformen des Zuges, die ebenfalls behängt und beflaggt waren, Platz. Unter den Klängen der russischen Nationalhymne, welche das Orchester des General Annenkow unter Leitung seines Capellmeisters H. Lietz intonirte, setzte sich der Zug in Bewegung und zerriß unter nicht enthusiasmirtem Hurrah die über die Brücke quer gespannte rote Schnur, welche sich als letztes Hinderniß ihm entgegengestellt hatte. Unter den Mitfahrenden mag wohl Manchem das Herz etwas stärker gepocht haben wie gewöhnlich, als der Zug in der Mitte der Brücke angekommen war, aber das war nur für einige Augenblicke, dann bemächtigte sich Aller ein Gefühl der Sicherheit und Ruhe, denn man hörte wenig oder gar nichts von unangenehmen Krängen und Krachen, was gewöhnlich bei Holzbrücken bei den ersten Fahrten so unangenehm auf die Nerven wirkt. Nachdem der Zug zurückgekehrt war, wurden alle Honoratioren zum General Annenkow zu einem feinen Frühstück eingeladen. Am Abend vereinigte ein von ihm im Club arrangirter Ball nebst Souper die Gesellschaft, die sich erst in den frühen Morgenstunden trennte.

* Einem Gerücht zufolge hätte der italienische Unterrichtsminister Coppino seine Entlassung eingereicht, weil der Senat sein Project wegen Erhaltung der antiken Monumente und Kunstwerke mit 53 gegen 41 Stimmen abgelehnt hat. — Ein weiteres Gerücht will wissen, unter den abessinischen Stammeshäuptern, welche den Negus umgeben, seien Zwistigkeiten in Folge der fatalen inneren Zustände Abessiniens ausgebrochen. Es heißt, die Abessinier hätten den Vormarsch aufgegeben, ja, es sei sogar ein Theil der Truppen im Rückzug begriffen.

Die deutsche Kriegsmarine im Jahre 1887.

I.

* Die deutsche Kriegsmarine hat im Laufe des Jahres 1887 einen verhältnißmäßig größeren Zuwachs in dem Bestande ihres kämpfenden Materials erfahren, wie dies durch den Etat der Marineverwaltung und auf Grund des Flottenentwicklungsplanes vorgesehen war. Und zwar gesellen die in dem letzten Jahre dem activen Stande der Hochseeflotte hinzugetretenen Neubauten sehr verschiedenen Classen an. In erster Linie waren es die beiden gepanzerten Kreuzer „Irene" und „Prinzeß Wilhelm", welche um ihres Typs willen besonderes Interesse verdienen.